

Rede von Urban Mangold (ÖDP)  
beim 20. Ökologischen Aschermittwoch der ÖDP Ergolding am 18.2.2015

Einleitung: 20 Jahre ökologischer Aschermittwoch ...

Am Aschermittwoch beginnt die Zeit der Fasten-Predigten. Eine Predigt, die Orientierung geben soll.

Das scheint notwendig zu sein, denn ich muss Ihnen aus aktuellem Anlass gleich eingangs die Frage: Wer hört denn bei uns in Bayern noch auf das, was die Bischöfe sagen? ...

Die CSU anscheinend am allerwenigsten. Mit ihrer klaren Positionierung für das Freihandelsabkommen TTIP stellt sich die CSU konfrontativ gegen die Position der deutschen Bischöfe, die jüngst vor den Auswirkungen der Freihandelsabkommen unmissverständlich gewarnt haben.

Warum?

"Wohlstand und Wirtschaftskraft will die CSU damit im Freistaat erhöhen". 0,48% Wachstum sollen dadurch generiert werden, glaubt die EU-Kommission wobei dieser Effekt erst im Jahr 2027 voll zum Tragen kommen soll. Wenn's überhaupt stimmt. Also bis dahin rund 0,05% Wachstum im jährlichen Schnitt. Dass die sich damit argumentieren trauen – bei der bekannten Unsicherheit solcher Prognosen, die bekanntlich jeden Augenblick korrigiert werden! 0,05% - wollen wir dafür so gewaltige Risiken eingehen?

Und vor allem: wäre das überhaupt noch erstrebenswert? Wir von der ÖDP glauben: Die Industriegesellschaften haben mit ihrer Art zu leben Maß und Ziel verloren. Die Möglichkeit, unvorstellbare Mengen von Energie aus nicht erneuerbaren Quellen für uns arbeiten zu lassen, hat die „Bedürfnisse“ ins Extreme wachsen lassen. Wir betreiben Diebstahl an den Gütern künftiger Generationen.

Einseitig und quasi-religiös wird das Heil vom jährlichen Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes gepriesen. Jedes Jahr mehr produzieren und konsumieren als im Jahr zuvor. Kann das unser Ziel sein?

Ich glaube, dieser Materialismus stellt eine Reduzierung menschlicher Existenz dar. Die Gattung, die sich selbst den schönen Namen „Homo sapiens sapiens“ gegeben hat, darf sich nicht selbst zum Konsumtrottel herabwürdigen. Diese Reduzierung des Menschen ist zudem extrem gefährlich, weil ressourcenzehrend und schadstoffintensiv.

Und wenn schon Wachstum, dann gäbe es da ein sinnvolles Aufgabenfeld: die Energiewende. Doch gerade durch das Geeiere auch der CSU gingen im Jahr 2013 in der EE-Branche viele Arbeitsplätze in BY verloren: 6.000! Die werden durch CETA, TTIP und TiSa nicht wettgemacht.

Doch eins nach dem anderen. Schauen wir uns erst einmal an, worum es geht.

Freier Handel zwischen den Vereinigten Staaten und Europa, das klingt zunächst gar nicht so unsympathisch. Wenn Bürokraten weniger zu sagen haben, dann wird Handel einfacher, dann werden Autos, Kühlschränke und Lebensmittel billiger. Bayerische Brauer können dann Bier ohne Hürden und Zölle nach Übersee exportieren, sagt Bernd Diekmann, Ministerialrat im Bundeswirtschaftsministerium. Und natürlich die Amerikaner auch umgekehrt zu uns, damit wir, wenn schon eine kleine bayerische Brauerei nach der anderen aufgibt, die Biervielfalt im schönen Bayernland wieder größer wird.

Und wen dann alles so kommt, dann kaufen Amerikaner und Europäer noch mehr von allem. Was soll daran schlecht sein, fragen die marktradikalen Freihandelsbefürworter.

„Vielleicht ist es manchmal schwieriger in Deutschland, weil wir ein Land sind, das reich und hysterisch ist“. Wissen Sie, wer das beim Weltwirtschaftsforum in Davos zur TTIP-Debatte gesagt hat?

Unser Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler Gabriel. Ausgerechnet ein Sozialdemokrat sieht in der Sorge, das Primat der Politik könnte unter die Räder der globalen Ökonomie geraten, als hysterisches Getue von Wohlstandsbürgern. Ausgerechnet ein Sozialdemokrat! Die SPD, die derzeit so sehr damit beschäftigt ist, die Politik ihres Kanzlers Schröder zu korrigieren, wird bald ein weitaus größeres mea culpa auszusprechen haben, wenn das, was so viele Beobachter befürchten, tatsächlich eintritt und die Mitschuld der Sozialdemokraten nicht zu leugnen ist.

Denn: Seit Handelsvertreter beider Kontinente hinter verschlossenen Türen verhandeln, drängt sich ein ganz anderer Eindruck auf: Es geht nicht in erster Linie um billige Autos, Kühlschränke und Konsumgüter. Es geht um viel mehr: um die Macht über die Weltwirtschaft – und um die Lebensbedingungen der Menschen.

Je mehr Einzelheiten aus den Verhandlungsräumen dringen, umso klarer wird es: Das Abkommen ist eine Falle. Die Verantwortlichen reden von hehren Zielen wie dem Schutz von Investitionen oder der Harmonisierung sozialer und ökologischer Standards. Doch sie meinen etwas ganz anderes: Schutz von Investitionen bedeutet für sie, dass alle nach der Pfeifer der Investoren tanzen müssen.

Verbraucherschutz-, Umweltschutz- und Arbeitsschutzvorschriften, soziale Gesetzgebung, der Mindestlohn können bei einem Inkrafttreten von TTIP von den Konzernbossen als Handelshemmnisse betrachtet werden, die diese beseitigen wollen.

In der Landwirtschaft droht eine Machtverschiebung - weg von der Politik und der Öffentlichkeit hin zu den Interessen der Agrarindustrie, der Wirtschaft und der Banken – mit gravierenden Folgen für die bäuerliche Landwirtschaft. Die Sorgen der Menschen um die Qualität der Lebensmittel und um den Schutz regionaler Produktbezeichnungen werden von der CSU nicht ernst genommen, sondern sogar veräppelt: „Ich versichere Ihnen: Für den Erhalt der bayerischen Weißwurst kämpfe ich bis zur letzten Patrone“, spottete Horst Seehofer.

Unsere öffentlichen Krankenhäuser, die Trinkwasserversorgung in kommunaler Hand, Ver- und Entsorgungsbetriebe würden durch diese Abkommen unter weiteren Privatisierungsdruck gesetzt.

Bei TTIP geht es also um viel mehr als Hormonfleisch und chlorgebadetes Geflügel. Die Kritik an diesen Erzeugnissen ist notwendig, denn wer will das Zeug schon haben?! Aber noch viel bedeutender ist die Absicht, eine private Sondergerichtsbarkeit durch geheim tagende Schiedsgerichte einzurichten.

Amerikanische Konzerne sollen dem Entwurf zufolge Staaten der Europäischen Union vor einem privaten Schiedsgericht verklagen können, wenn sie durch die Gesetzgebung ihren Gewinn reduziert sehen (z.B. durch Mindestlöhne oder durch ökologische und soziale oder durch Verbraucherschutzvorschriften).

Wie arbeitet dieses Schiedsgericht?

Erster Unterschied zu herkömmlichen Gerichtsverfahren: Es gibt keine festen Richter, es werden jeweils drei Juristen aus verschiedenen Ländern für das jeweilige Verfahren berufen.

Zweiter Unterschied: Die Verhandlungen finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Dritter Unterschied: Gegen ein Urteil kann man kein Rechtsmittel vor einer höheren Instanz einlegen, keine Berufung, keine Revision. Der Urteilsspruch der ersten Instanz ist rechts- und bestandskräftig und muss von den Vertragsstaaten anerkannt werden. Die Gesetze des beklagten Staates spielen dabei keine Rolle mehr.

Und deshalb sage ich:

Wenn das beschlossen wird, stehen wir vor einer gigantischen Selbstentmachtung der Politik. Das hebt unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie aus den Angeln. Dieser Entwicklung werden wir uns mit aller Kraft entgegenstellen!

Aber es kommt noch schlimmer:

Eingeführt werden soll auch eine sogenannte „regulatorische Kooperation“. Klingt noch relativ harmlos. Doch dahinter verbirgt sich die Idee, die Erarbeitung von Gesetzen und Regulierungen in der EU und in den USA grundlegend zu ändern. Demnach hätten die US-Regierung und US-Unternehmen in Zukunft umfassende Möglichkeiten auf Gesetzesinitiativen in Europa Einfluss zu nehmen – lange bevor Parlamente sie überhaupt zu Gesicht bekämen.

Sie werden fragen: Welcher Politiker kann denn so blöd sein, so etwas voran zu treiben? Und vor allem: warum?

Ich wage mich an einen Erklärungsversuch:

Wer sich als Politiker gerne vor den tatsächlich notwendigen politischen Weichenstellungen drücken will, der kann nach einem TTIP-Inkrafttreten den bequemen Standpunkt einnehmen: Man hätte ja gerne dieses und jenes geändert, aber es geht halt nicht mehr, weil man vor dem Schiedsgericht nicht gewinnt.

Und wer es wie unsere Regierungsparteien über Jahrzehnte gewöhnt ist, Parteispenden in gigantischer Höhe von Industrieverbänden anzunehmen und sein Handeln danach auszurichten, dem kommt es irgendwann vermutlich gar nicht mehr seltsam vor, die Gesetzgebung gleich ganz den Konzernen zu überlassen.

Das ist eine staatsfeindliche Politik. Und dagegen werden wir uns zur Wehr setzen!

Steht das alles nicht in einem merkwürdigen Widerspruch zu dem CSU-Vorhaben, zusätzlich zu Volksbegehren auch Volksbefragungen durchzuführen:

- Bayerns Bürger dürfen in Zukunft mehr mitreden, aber nur wenn Staatsregierung und Landtagsmehrheit - also die CSU - dies wollen.
- Vom 1. März an können bei großen Verkehrsprojekten und anderen landesweit wichtigen Entscheidungen unverbindliche Volksbefragungen beschlossen werden. Rechtlich verbindlich werden diese allerdings nicht sein.
- Die Opposition kann keine Volksbefragungen initiieren und will das Gesetz deshalb vom Bayerischen Verfassungsgerichtshof überprüfen lassen.

Diese Art der Anbiederung kennen wir doch zur Genüge. Man gibt dem Volk das Gefühl, dass es mitreden darf. Was letztlich gemacht wird, entscheidet eine technokratische Kaste aus Wirtschaft und Politik.

Unverbindliche Volksbefragungen einzuführen und gleichzeitig die Möglichkeiten der Politik anonymen Schiedsgerichten zu opfern, das ist eine unglaubliche Täuschung, Herr Seehofer!

Liebe Freunde,

wir alle sind überzeugte Europäer. Dafür gibt es zwei überragende Gründe:

zum einen den historischen: Die Sicherung des Friedens, die Freundschaft unter den Völkern ist ein von uns allen verinnerlichter Wunsch.

Und es gibt noch einen weiteren überragenden Grund für die Europäische Einigung, der in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung gewonnen hat:

Wir alle wissen, dass die Nationalstaaten für sich alleine gegen die Global Player der Ökonomie nicht mehr viel auszurichten vermögen.

Und deshalb verbinden wir mit der Europäischen Einigung die Hoffnung nach einem ökologischen und sozialen Rahmen innerhalb dessen sich die Marktkräfte entfalten können – zum Wohle der Menschen. Mensch vor Wirtschaft!

Und dass nun ausgerechnet europäische Institutionen diesen ökologischen und sozialen Rahmen internationalen Großkonzernen vor die Füße werfen, angefeuert von einer schwarz-roten deutschen

Bundesregierung – das ist eine maßlose Enttäuschung. Frau Merkel stellt das Profitdenken der Großkonzerne über die Interessen von uns Bürgern.

Aber nicht nur der Vertragsinhalt ist ein Skandal, auch die Art und Weise der Verhandlung ist skandalös. Die Verhandlungen finden hinter verschlossenen Türen statt. Die Lobbyisten geben sich die Klinke in die Hand und die Öffentlichkeit bleibt ausgeschlossen.

Und deshalb gilt unser Protest den deutschen Regierungsparteien. Wir fordern die Bundeskanzlerin auf: Stoppen Sie diesen Kurs!

Nein zum Kniefall vor den internationalen Großkonzernen! Wir alle fordern: Mensch vor Wirtschaft!

Papst Franziskus hat in seiner Lehrschrift Evangelii Gaudium vier klare Neins formuliert ...

\* ein klares NEIN zu einer Wirtschaft, die ausschließt...

\* ein klares NEIN zur Vergötterung des Geldes und Marktes (also zu einer Diktatur einer Wirtschaft ohne Gesicht)

\* ein klares NEIN zu einem Geld „das regiert statt zu dienen

\* und schließlich ein klares NEIN zur sozialen Ungleichheit, die weltweit Gewalt und Krieg hervorbringt. Der soziale Ausgleich ist demnach keine vergangene Episode aus dem 19. und 20. Jahrhundert, sondern eine Daueraufgabe.

Auf Parteitag und bei besonderen Anlässen singt die CSU gerne das Lied, das uns Bayern eint und das auch ich gerne singe:

Aber ob da alle, die das Lied der Bayern mitsingen, dies auch tatsächlich als Bekenntnis zu unserer Bayerischen Verfassung sehen, in der ja bekanntlich einiges steht, an das sich nicht mehr alle gerne erinnern:

- über den sittlichen Wert einer jeden ehrlichen Arbeit, die ein Auskommen ermöglichen muss
- über den Schutz des Sonntags...
- über die Bewahrung des Naturerbes

In diesem alten Verfassungstext sind genau genommen auch die vier Neins von Papst Franziskus schon enthalten. Und deshalb sage ich: Wer sich heute für den Fortbestand des politischen Primats gegenüber den internationalen Konzerninteressen einsetzt, der hat den Geist dieses guten alten Verfassungstextes wirklich verinnerlicht.

Die Konferenz der Deutschen Bischöfe hat sich wie eingangs gesagt besonders kritisch gegen TTIP und gegen eine Paralleljustiz Stellung bezogen und gegen dieses Vorhaben sogar verfassungsrechtliche Bedenken geäußert.

Ich frage: Wie weit driftet die CSU noch in ihrer Konzernhörigkeit ab, dass sie nun von den Bischöfen an die Verfassung erinnert werden muss. Sie merken, meine Damen und Herren, jetzt ist es am Ende doch noch eine Art Fastenpredigt geworden. Aber ich teile das Schicksal des Pfarrers in der Kirche. Die, die es am notwendigsten hören sollten, sind nicht da. Aber ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Und so bleibt zum Schluss die Frage:

Was können wir tun?

Wir müssen in erster Linie aufklären und das Thema in der öffentlichen Debatte halten.

Wir müssen zeigen, dass diese Gefahren nicht von Verschwörungstheoretikern, von hysterischen Wohlstandsbürgern oder ewig USA-feindlichen linken Gruppierungen an die Wand gemalt werden, sondern dass diese Sorgen in der Mitte der Gesellschaft geteilt werden.

Herzlichen Dank für Ihr Interesse an diesem Thema und einen schönen Abend noch.

